

## Flexible Renten

# Die Illusion der Sicherheit und das Risiko des «Worst Case»

Welche Reform braucht die 2. Säule? Josef Bachmann, Präsident IZS, macht sich für variable Renten stark. Rudolf Rechsteiner, Präsident der Ethos Stiftung, widerspricht. Ein Schlagabtausch über Sicherheit, Risiken – und die Zukunft.

**Rudolf Rechsteiner** (\*1958), Ökonom und Autor, war 15 Jahre SP-Nationalrat und bis 2017 im Grossen Rat Basel-Stadt. Er arbeitet als Berater und Dozent für Energiepolitik, ist Verwaltungsrat der PKBS sowie Präsident der Stiftung Swissaid und der Anlagestiftung Ethos.



**Josef Bachmann** (\*1950) war 15 Jahre Geschäftsführer der Pensionskassen von PwC. Seit der Pensionierung 2017 betreibt der Vater von drei Kindern die Plattform «Vorsorge – aber fair» und ist Präsident des Vereins Innovation Zweite Säule.



## Wo sehen Sie das grösste Problem in der 2. Säule?

*Rechsteiner:* Die Reduktion von Leistungen findet auf breiter Basis statt: tiefere Mindestverzinsung, tieferer Umwandlungssatz, steigendes Rentenalter. Eine echte Umverteilung gab es in den 90er Jahren, als man mit dem Rentnerkapital hohe Gewinne machte, diese aber nur zu einem kleinen Teil an die Rentner weitergab. Heute ist es umgekehrt: Die Rentner verursachen teilweise Verluste. Jetzt fliesst halt etwas mehr von den Aktiven zu den Rentnern. Eine gewisse Umverteilung ist für mich kein Problem.

*Bachmann:* Wenn wir heute zu hohe Leistungen versprechen, ist das ein finanzielles Desaster für die zukünftigen Generationen. Die Neurentner bekommen viel weniger, sodass wir möglicherweise in Zukunft mit Altersarmut leben müssen.

## Malen Sie nicht etwas schwarz?

*Bachmann:* PK-Leute sind nicht da, um Optimismus zu verbreiten. Wenn es besser kommt als gemäss der vorsichtigen Annahme, sind wir alle glücklich.

*Rechsteiner:* Dass man den Rentnern einen Bonus gibt, wenn die Kasse voll ist, entspricht geltendem Recht. Das hätte man in den 1990er Jahren machen können. Dazumal hat man das Geld verwendet für Prämienreduktionen, die Gewinne flossen so zum Teil in den Sack der Arbeitgeber. Bei den Rentnern stelle ich eine starke Präferenz für Stabilität fest – also auf keinen Fall flexible Renten.

## Was spricht für flexible Renten?

*Bachmann:* Wenn wir Leistungen behutsam, rentnerverträglich anpassen, ist langfristig die Sicherheit der PK gewährleistet. Zentral ist dabei, dass die Renten automatisch erhöht werden, wenn die Anlagerendite besser ist als erwartet. Umgekehrt werden bei ungenügenden Kapitalerträgen die Rentner miteinbezogen, um die Situation der Kasse zu verbessern.

*Rechsteiner:* Ich zweifle daran, dass das System mit flexiblen Renten gerechter wird. Schon heute werden für Neurentner Reduktionen der Leistungen in Abständen gemacht. Ich lehne es ab, dass man jährlich die Rentenhöhe ändert. Irgendwo gehört ein Nagel in die Wand, man wird pensioniert und erhält eine feste Rente. Bei einem Umwandlungs-

satz von 5 Prozent ist ein Zins von 0 Prozent bereits eingerechnet, also bewegen sich viele Kassen schon heute nahe am «Worst Case», und dies während die Erträge munter sprudeln. Da die Zinsen nie längere Zeit unter Null sinken können, stellt sich das Problem nicht.

*Bachmann:* Die Meinung ist sehr populär, dass Rentner bei der Pension mit einem lebenslänglich gleich hohen Einkommen rechnen können. Doch die fixe Rente gibt diese Sicherheit gar nicht. Die Rentner sind nur solange glücklich, wie wir keine Teuerung haben. Bei Negativteuerung bekommen sie, zulasten der Jungen, sogar eine reale Leistungserhöhung. Aber was ist, wenn wir grosse Teuerung haben? Dann gibt es, falls die Renten ungenügend angepasst werden, einen Kaufkraftverlust. Deshalb brauchen wir kaufkraftorientierte Renten.

*Rechsteiner:* Ich bin einverstanden, dass letztlich die Kaufkraft zählt. Wir haben heute aber ein heterogenes Feld: Kassen in Unterdeckung und solche mit 120 Prozent Deckung oder mehr. Im Moment zielt die Umverteilungsdiskussion immer darauf, Leistungen zu kürzen. Das ist aber auf breiter Front bereits passiert. Die noch weiter gehenden Kürzungsvorschläge basieren auf rein theoretischen Überlegungen von sogenannten risikolosen Kapitalanlagen. Das ist aber völlig realitätsfremd. Pensionskassen investieren sehr breit und halten keineswegs bloss mündelsichere Anlagen. Sie erzielen in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt rund 3 Prozent Rendite pro Jahr. Sie haben damit Reserven gebildet und stehen heute viel besser da als vor zehn Jahren. Weitere Kürzungsmechanismen sind gar nicht notwendig, weil der mittlere Deckungsgrad heute bei 114 Prozent liegt – ein neuer Höchststand.

## Sehen Sie denn in der 2. Säule gar keinen Handlungsbedarf?

*Rechsteiner:* Ich glaube nicht, dass man viel machen kann. Man wird sicher bei den Jungen die Sparbeiträge erhöhen und Teilzeitbeschäftigte einbeziehen. Aber es wird kaum zu einer starken Aufstockung von obligatorischen Beiträgen kommen.

*Bachmann:* Wenn die Kasse sicher ist, haben auch die Versicherten Sicherheit. Ein fixer Rentenbetrag ist eine Scheinsicherheit. Objektiv fahren die Rentner

besser, wenn die Leistung zwar schwankt, aber nahe bei der Teuerung ist.

*Rechsteiner:* Wenn man neu Renten kürzen darf, vermittelt dies eine falsche Botschaft an den Anlageausschuss einer Pensionskasse. Dieser ist dann eigentlich nicht mehr verantwortlich für die Kapitalsicherung. Das könnte dazu verleiten, dass man exotische Anlagestrategien verfolgt oder die Diversifikation preisgibt. Heute sind die Beteiligten ausserordentlich darauf bedacht, dass es nicht zu Nachfinanzierungen kommt. Man verwendet die neuesten Lebenserwartungsmodelle, substanzielle Wertschwankungsreserven beugen einem Börseneinbruch vor. Wenn man sich genug Zeit lässt, sind auch grosse Einbrüche an der Börse irgendwann wieder verschwunden. Eine befristete Unterdeckung – so what?! Wenn man langsam justiert, können alle damit leben. Das ist mir sympathischer als so eine «Renten-Gigampfi» von Fall zu Fall mit individuellen Eckwerten jeder einzelnen Kasse, intransparent und faktisch nicht kontrollierbar.

*Bachmann:* Das variable Modell macht die Kasse risikofähiger. Die Gefahr, dass dadurch das Kapital verantwortungslos angelegt wird, besteht praktisch nicht. Wenn man aber keinerlei Risiken mehr eingeht und nur noch sichere Anlagen hat, gibt es auf Dauer eine miserable Rendite. Damit ist niemandem gedient.

## Populär im Stiftungsrat

red. In der repräsentativen Stiftungsratsumfrage im Auftrag des VPS wurden die Stiftungsräte gefragt, welche Punkte ihrer Meinung nach bei der nächsten Reform der 2. Säule enthalten sein müssten. Mehrfachantworten waren möglich. Am meisten genannt wurde der «Flexible Altersrücktritt», der von 84 Prozent der Stiftungsräte angekreuzt wurde. 75 Prozent der Befragten votierten für eine «Erhöhung des Frauenrentenalters». Auf Platz drei folgt mit 62 Prozent Nennungen die Möglichkeit für eine «Flexible Altersrente». Eine Senkung des BVG-Umwandlungssatzes oder die Abschaffung des gesetzlichen Umwandlungssatzes dagegen waren deutlich nicht mehrheitsfähig. Die ersten Ergebnisse der neuesten Stiftungsratsumfrage wurden im Juni am Vorsorge-Symposium präsentiert. Weitere Erkenntnisse werden an den VPS-Tagungen im Herbst debattiert sowie in späteren Ausgaben der «Schweizer Personalvorsorge» veröffentlicht.



«Wenn die Kasse sicher ist, haben auch die Versicherten Sicherheit.»

Josef Bachmann

«Die 2. Säule ist kein Automat, wo man oben Geld einwirft und unten kommen Zinsen raus.»

Rudolf Rechsteiner



*Rechsteiner:* Wenn dies auf Kürzungen von laufenden Renten hinausläuft, bin ich überhaupt nicht einverstanden. Für mich reflektiert diese Haltung die typische Angst des Pensionskässers, dass ihm das Geld ausgeht. Tatsache ist doch, dass in den letzten Jahren Wertschwankungsreserven stark zugenommen haben und man die Parameter der Versicherung stetig den neuen Realitäten angepasst – konkret gesenkt hat.

### Jammern die Pensionskassen auf zu hohem Niveau?

*Rechsteiner:* Die Zahlungspflichten der meisten Kassen sind kleiner, weil der Umwandlungssatz für den Grossteil der Versicherten faktisch zwischen 5 und 6 Prozent liegt. Aber die Vorsorge ist kein Nullsummenspiel! Wir müssen auch volkswirtschaftlich denken. Dazu gehört, dass die Löhne steigen. Darum können wir uns auch eine längere Lebenserwartung leisten, ohne dass die Jüngeren ärmer werden. Selbst wenn diese in Franken mehr einzahlen, bleibt am Schluss mehr für alle. Man muss nicht auf Vorrat sparen.

*Bachmann:* Wenn die 2. Säule an die Wand gefahren wird, weil man langfristig viel zu hohe Leistungsversprechen gemacht hat, ist das eine volkswirtschaftliche Katastrophe. Wir müssen uns ernsthaft Gedanken darüber machen, was zu tun ist, wenn die Rahmenbedingungen langfristig schlecht sind. Wollen wir wirklich die Zahlungsunfähigkeit unserer Vorsorge riskieren?

*Rechsteiner:* Die Gefahr des Übersparens ist grösser. Man darf das Anlagerisiko nicht vergessen. Wenn man immer mehr kapitalisiert, geraten die Kassen in erhöhte Anlagenot, sodass sich die Inflation von Vermögenswerten weiter verstärkt. Wir beobachten eine strukturelle Überbewertung von Liegenschaften, Aktien. Und man kauft auf dem Obligationenmarkt Ramsch zusammen. Die Pensionskassen sind eben auch mitschuldig an der Schuldenkrise, weil sie immer mehr Guthaben bilden, die nicht mit dem Wirtschaftswachstum getaktet sind. Irgendjemand muss die Schulden verzinsen. Wir sind in der Schweiz gar nicht in der Lage, das Kapital zu absorbieren.

*Bachmann:* Das muss man differenziert betrachten. Die 2. Säule ist aus dem

Gleichgewicht geraten, weil das Kapital der Rentner weniger Rendite hergibt, als man meinte, und weil die Rentner deutlich älter werden als erwartet. Das erfordert permanent eine Kapitalverstärkung, die jemand bezahlen muss. Man kann argumentieren: Die Rentner sind schuldig, sie sollen selber zahlen. Das würde zu einschneidenden Leistungskürzungen führen. Wir müssen einen Ausgleich suchen. Die Rentner dürfen nicht aus der Solidarität ausgeschlossen werden, aber sie müssen auch bereit sein, den Gürtel etwas enger zu schnallen, für mehr Gerechtigkeit unter den Generationen.

*Rechsteiner:* Die 2. Säule ist aber kein Automat, wo man oben Geld einwirft und unten kommen Zinsen raus und das Kapital zurück. Damit wir uns richtig verstehen: Das ist kein Plädoyer gegen die 2. Säule. Aber wir müssen auch die Arbeitsteilung zwischen Umlage- und Kapitalverfahren offen diskutieren. Die Balance zwischen AHV und 2. Säule ist wichtig. Angesichts der höheren Lebenserwartung könnte auch der Sicherheitsfonds die obligatorischen Leistungen für die Versicherten über 85 übernehmen.

*Bachmann:* Wegen der stetig sinkenden Umwandlungssätze braucht eine Person, die 2020 pensioniert wird, 50 Prozent mehr Kapital, um die gleiche Leistung wie jene zu bekommen, die das Glück hatte, vor 2005 in Rente zu gehen. Auch bei deutlich höheren persönlichen Beiträgen wird dies kaum möglich sein. Die Aktiven von heute werden nicht nur weniger bekommen, sondern sie müssen jahrelang helfen, die hohen Renten der Alten zu finanzieren. Für den Frieden zwischen den Generationen ist diese Hypothek untragbar.

*Rechsteiner:* Ich sehe diesen Konflikt zwischen den Generationen nicht. Eine Vorsorgeeinrichtung ist eine Risikogemeinschaft, da gibt es Solidaritäten, auch zwischen Männern und Frauen, Verheirateten und Ledigen. Wichtig ist, dass das System anpassungsfähig ist. Die Arbeitgeber hatten verschiedene Möglichkeiten, Korrekturen einzuführen. Im Überobligatorium gab es diese Reduktionen, auch beim Rentenalter.

### Herr Bachmann, Sie runzeln die Stirn.

*Bachmann:* Die versicherten Löhne sind tendenziell erhöht worden. Es ist unbestritten, dass es mehr Geld braucht. Ohne

Systemanpassung ist das aber ein Fass ohne Boden! Das neue System muss anpassungsfähig *werden*, auch das Rentenalter. Es ist eine Illusion, dass wir uns mit einem Rücktrittsalter von 65 Jahren über Wasser halten können. Heute müssten wir von 70 reden. Wenn wir das Rentenalter 65 zur heiligen Kuh machen, werden die kommenden Generationen unter einer Schuldenlawine zugedeckt.

### Ist die Erhöhung des Rentenalters für Sie ein Tabu?

*Rechsteiner:* Nein, aber der Spielraum ist klein. Zum einen finden heute schon viele über 50-Jährige keine Beschäftigung mehr und sind als Ausgesteuerte auch nicht bei der Arbeitslosenversicherung registriert. Ich bin nicht a priori dagegen, dass man länger arbeitet. Aber wenn man fordert, «wir finanzieren die höhere Lebenserwartung durch eine Erhöhung des Rentenalters», bedeutet das, dass jene Hälfte der Bevölkerung, die dann keinen Job mehr findet, von den bisherigen Rentenansprüchen enteignet wird und der Sozialhilfe anheimfällt. Will man die Lebensarbeitszeit erhöhen, braucht es viel mehr: Weiterbildung und Fördermassnahmen in den Betrieben, damit ältere Personen auch leistungsfähig bleiben können.

*Bachmann:* Wir brauchen zuerst ein Ja der Arbeitgeber zu Arbeitsplätzen über 65, darin sind wir uns einig. Aber es braucht auch von den Arbeitnehmern ein Umdenken: Sie sollten attraktiv bleiben. Weiterbildung ist sehr wichtig, ja. Aber auch Lohn, Beschäftigungsgrad und Teilpensionierung dürfen kein Tabu sein. Dann werden die Versicherten wählen können: eine höhere Rente oder mehr Freiheit.

### Viele Kassen stresst der gesetzliche Umwandlungssatz. Ist er zu hoch?

*Rechsteiner:* Es kommt auf die Zinshöhe an. Am lautesten schreien die Lebensversicherer, die gerne ihre Dividende für die Aktionäre erhöhen möchten. Bei den autonomen Kassen erkenne ich keine Notlage, dank der Umhüllung und den lockeren Solvenzvorschriften. Die Minimalleistungen sollten nicht gekürzt werden, denn die Bundesverfassung definiert ein Leistungsziel, das heute mit dem BVG-Minimum gar nicht erreicht werden kann.

### Also gibt es keinen Grund, den Umwandlungssatz anzupassen?

*Rechsteiner:* Doch, man könnte das schon anpassen. Aber dann würde ich gern den Vorschlag von Herrn Bachmann aufnehmen, dass man ab einem bestimmten Deckungsgrad zwingend Zusatzausschüttungen macht. Im Moment ist der Umwandlungssatz zu einem politischen Pièce de Résistance geworden. Eine Umverteilung vom Überobligatorium für die Garantie des BVG-Minimums finde ich nicht falsch. Das Leistungsziel in der Bundesverfassung bedeutet, dass wir einen Kern von Leistungen garantieren.

*Bachmann:* Die Festsetzung des Umwandlungssatzes wäre der wichtigste Entscheid für eine Pensionskasse. Aber sie darf ihn im BVG nicht autonom fällen. Er wird durch die Volksabstimmung festgelegt und ist viel zu hoch. Das ist absurd.

*Rechsteiner:* Im Paket, das Sie abgelehnt haben, war die Senkung des Umwandlungssatzes auf 6 Prozent drin.

*Bachmann:* Immer noch viel zu hoch.

*Rechsteiner:* Bei einer Rendite von 3 Prozent in den letzten zehn Jahren ist das durchaus finanzierbar.

*Bachmann:* O.K. Die Kapitalrendite war in den letzten Jahren tatsächlich nicht so schlecht. Aber für viele Pensionäre ist ein grosser Teil ihres Gelds in Oblis angelegt. Wenn jetzt ein Börsencrash kommt, haben wir langfristig nur noch 1 Prozent Gesamtrendite, wenn überhaupt – und schwerwiegende Probleme.

*Rechsteiner:* Gut, das würde zu grossen Problemen führen, wenn es eintrifft. Es gibt aber auch andere Szenarien. Die Leute, die jetzt an der Pensionierungsschwelle sind, fragen mit Recht: Wieso nehmen wir nicht ein mittleres Modell? Sie sehen das im Mikrokosmos der 2. Säule: Jede Pensionskasse, die Leistungen kürzt, hat eine Besitzstandregelung. Meistens kriegen die letzten zehn Jahrgänge vor der Pensionierung irgendein Gutzi. Man bürdet die Schärfe der Systemänderung nicht einem Jahrgang auf, sondern nimmt die Kurve langsam.

*Bachmann:* Ich möchte den Zusammenhang zwischen vorsichtigem Umwandlungssatz und der Idee von variablen Renten aufzeigen: Der Umwandlungssatz wird gesenkt, weil die Renditeerwartungen tiefer sind. Bei höheren realisierten Renditen erfolgt aber eine Leistungsverbesserung.

*Rechsteiner:* Nein, eben nicht. Historisch läuft es so, dass man bei hohen Gewinnen die Beiträge kürzt. Weil im Stiftungsrat die Aktiven sitzen und dann kommen noch die Arbeitgeber, ja hallo, wir haben so viele Überschüsse, wir kommen mit weniger Beiträgen durch.

*Bachmann:* Das sind Sünden der Vergangenheit! Neu wird ein Automatismus eingesetzt: Falls die Ist-Rendite höher ist als die erwartete, erfolgt eine Erhöhung. Die Leistungsanpassung ist nicht mehr ein Entscheid des Stiftungsrats.

*Rechsteiner:* Aber die Rentner sind nicht im Stiftungsrat. Das ist der Grund, warum der Gesetzgeber die Renten nicht antasten wollte. Weil sonst die Aktiven Umverteilung auf Kosten der Rentner praktizieren.

*Bachmann:* Ein Vertreter der Rentner im Stiftungsrat wäre spannend, aber eine weitere Baustelle. Wie würden Sie das lösen?

*Rechsteiner:* Man muss den Rentnern eine Garantie geben. Sicherheit ist das Ziel des ganzen Systems. Ein Reglement kann man ändern, dann ist die Garantie weg. Der Stiftungsrat hat die Allmacht, gemäss Gesetz alle Fragen der Kasse zu regeln. Daher gibt es schon gute Gründe, warum das heutige Gesetz so ist. Inhaltlich, von den Zielsetzungen her, sind wir nicht so weit auseinander, es sind eher die Herangehensweisen.

### Danke für das Gespräch. Höre ich schon ein Schlusswort?

*Bachmann:* Ich möchte einfach, dass meine Kinder nicht die Geprellten sind. Und ich fürchte, dass man eine Reform vorlegt, die jetzt nicht weh macht, aber übermorgen sehr teuer sein wird.

*Rechsteiner:* Da habe ich ganz andere Präferenzen, etwa das Klimaproblem. Wenn das Meer pro Jahr mehr als sechs Zentimeter steigt, schafft das weltweit und auch bei uns ganz andere Umverteilungen. |

### Interview: Claudio Zemp

Fotos: Patricia Bärtschi Schmid

Anlass für dieses Gespräch, das am 23. Mai in Olten stattfand, war der Artikel von Josef Bachmann «Plan B oder Reform 2030?» in der Ausgabe 4/18. Eine französische Zusammenfassung lesen Sie in der Augustausgabe, deren Akzent der Auswirkung der Inflation auf die Passivseite gewidmet ist.